Bericht über die Lage in Polen

November 1963

		Seite:
I.	Politische Ereignisse	1
	1) Präsidentenmord in Amerika	1
	2) Eine politische Entgleisung	3
	3) ZK-Plenarsitzung in Warschau	5
	4) Jahrestag der Oktoberrevolution	6
	5) Ideologische Ausrichtung der Bauernpolitiker	7
	6) Generationsproblem in der Partei	9
	7) Reiselust im November	11
	8) Neues Licht auf den neuen Kanzler	13
II.	Wirtschaft	16
	Krise der Wirtschaftsplanung in Polen	16
III.	Soziale Probleme	18
	1) Abwanderung in die Städte	18
	2) Erweiterung der Selbstverwaltung	19

- - - - - - - - - - -

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn -

I. POLITISCHE EREIGNISSE

1) Präsidentenmord in Amerika

Polen ist ein Land, in dem Sympathien für die Vereinigten Staaten schon eine lange Tradition haben. KOSCIUSZKO, der zu den großen Freiheitskämpfern Polens gehört und in der Gruft des Krakauer Doms neben den polnischen Königen begraben liegt, beteiligte sich auch am amerikanischen Unabhängigkeitskrieg. Neben einem anderen Polen, PULAWSKI, zählt KOSCIUSZKO zu den bekanntesten Figuren des amerikanischen Freiheitskampfes. In den USA wird alljährlich "Pulawski-Day" gefeiert. Ein US-Präsident, Woodrow WILSON, hat als erster westlicher Staatsmann noch vor dem Ende des ersten Weltkrieges in einem seiner berühmt gewordenen "14 Punkte" den Wiederaufbau eines unabhängigen polnischen Staates gefordert, der aus den von Preußen, Rußland und Österreich annektierten Teilen des Landes entstehen sollte. Ein späterer US-Präsident, Herbert HOOVER, organisierte Hilfe für die na ch dem ersten Weltkrieg ausgehungerten Länder Osteuropas, darunter auch für Polen. Nach dem zweiten Weltkrieg hat Amerika den Polen über die UNRRA eine großangelegte Wirtschaftshilfe zukommen lassen, die weniger von den regierenden Kommunisten, umsomehr aber von der Bevölkerung mit großer Dankbarkeit empfangen wurde.

Wenn in dem seiner Freiheit beraubten polnischen Volke noch ein Schimmer Hoffnung auf eine Änderung seiner trostlosen Lage existiert, so verbindet sich diese Hoffnung mit Amerika. Ein beredsames Zeugnis dieser Einstellung des polnischen Volkes war der Warschau-Besuch des damaligen US-Vizepräsidenten NIXON und der triumphale Empfang, der ihm von der Warschauer Bevölkerung bereitet wurde.

John F. KENNEDY galt mit Recht als Freund des polnischen Volkes. Polen lernte in der schmerzvollen Geschichte der letzten 200 Jahre Freunde zu schätzen. John STEINBECK, der zur Zeit der Ermordung des Präsidenten gerade in Warschau weilte, berichtete später von dem herzergreifenden Verhalten der Menschen in der polnischen Hauptstadt, als dort die Nachricht von dem Attentat bekanntwurde.

Auch die offiziellen Stellen in Polen wurden von der allgemeinen Trauer des Volkes mitgerissen. Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" widmete dem Verstorbenen einen Nachruf, in dem es u.a. hieß:

"KENNEDY vertrat eine andere Welt als die unsere. Er repräsentierte Kräfte, die unsere Welt bekämpfen. Aber KENNEDY war ein bedeutender Staatsmann, und mehr als andere Vertreter der kapitalistischen Welt war er sich über die Wirklichkeit unserer Epoche im klaren.

Er wünschte keinen Krieg, denn er konnte die Notwendigkeit seines Krieges nicht einsehen... Er schreckte nicht vor Aktionen zurück, die eine Entspannung in der Welt bezweckten. Er überragte alle jene imperialistischen Politiker um einen Kopf, für die das Wort 'Verständigung' nicht existierte und die den ganzen Sinn ihrer Aktivität darin sehen, die Welt in immer schwerere Konflikte zu stürzen.

John F. KENNEDY knüpfte an das Erbe LINCOLNs an, als er die Frage der Gleichberechtigung der Neger förderte. In gewisser Hinsicht knüpfte er auch an das Erbe ROOSEVELTs an, als er der Verständigung den Weg zu bahnen versuchte. Dafür wurde er von den Rassisten und Befürwortern des kalten und heißen Krieges bekämpft.

Der Mord an dem Präsidenten KENNEDY erschütterte die Öffentlichkeit unseres Landes. Der Vorsitzende des Staatsrates, Aleksander ZAWADZKI, und Ministerpräsident Jozef CYRANKIEWICZ haben unser aller Gefühle ausgedrückt, als sie im Telegramm an den neuen Präsidenten ihre tiefe Trauer über den vorzeitigen Tod KENNEDYs ausdrückten. Sie haben im Namen von uns allen gesprochen, als sie die Tatsache würdigten, dass Präsident KENNEDY mit seiner Energie und seinen großenaBegabungen das Problem des friedlichen internationalen Zusammenlebens anpackte.

Unsere Trauer ist um so tiefer, da Präsident KENNEDY der Sache der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und den USA viel Verständnis entgegenbrachte. Die Trauer der polnischen Öffentlichkeit verbindet sich mit der Sorge, ob die nun führenden Kreise der USA für die Notwendigkeit der Unterstützung und Entwicklung der friedlichen Koexistenz zwischen den Völkern genug Verständnis aufbringen werden.

Die Vereinigten Staaten sind in tiefe Trauer gehüllt. Wir möchten allen Menschen in Amerika, die guten Willens sind, sagen, daß wir

Am Tage der Beerdigung des Präsidenten, als die Fahnen in Warschau auf Halbmast gezogen wurden, wies die polnische Parteizeitung die Verdächtigungen zurück, daß der Mörder von Kommunisten gesteuert wäre:

> "Während die ganze Welt davon überzeugt ist, daß nur unter den rassistischen und faschistischen Extremisten der Mörder zu suchen sei, fanden sich solche, die ihre vergifteten Pfeile auf die Menschen abzuschiessen versuchten, die auf ihre Fahne an erster Stelle die Losung der friedlichen Koexistenz geschrieben haben."

Und am folgenden Tage schrieb "Trybuna Ludu":

> "Es gibt nur eine Frage, und die ist einfach: Wer tötete den US-Präsidenten J. F. KENNEDY und warum? Man darf nicht erlauben, daß die fehlende Antwort auf diese Frage die Atmosphäre in Amerika und die internationalen Beziehungen vergiftet."

Der Sorge um die künftige Entwicklung gab auch der polnische Außenminister RAPACKI Ausdruck, der am Tage der Beerdigung in Kairo zu einem offiziellen Besuch eintraf:

> "Wir sind alle von der Sorge erfüllt, daß der Tod des Präsidenten KENNEDY durch die Kräfte, gegen die er kämpfte, ausgenützt wird. Diese Kräfte versuchen, den Lauf der Geschichte zu wenden, auch wenn das mit schrecklichsten Risiken verbunden ist."

2) Eine politische Entgleisung...

Wer am 21. November d.J. in Warschau die Zeitung "Zycie Warszawy" in die Hand nahm, konnte auf Seite 2 eine Notiz lesen, deren Überschrift lautete: "Johnson, ein Stern dritten Ranges". Die Notiz war einem Mann gewidmet, der 24 Stunden später schon Präsident der Vereinigten Staaten war.

Der nicht unterzeichnende Verfasser schrieb u.a.:

> "Er (Johnson) war vor vier Jahren einer der einflußreichsten Politiker in Washington. Er durfte auch hoffen, zum Präsidentschaftskandidaten nominiert zu werden und bemühte sich nach Kräften, die Nominierung KENNEDYs zu verhindern. Als seine Chancen schwanden, gab er den Kampf auf. Es wurde dann eine Vernunftsehe zwischen KENNEDY und JOHNSON

geschlossen. Die Entfremdung begann aber schon kurz na ch der Wahl. JOHNSON erhielt zwar einige fomelle Funktionen, er vertritt das Weiße Haus auf den Cocktail-Partys, reist auch ins Ausland und hält Reden. Diese ganze nervöse Tätigkeit kann aber eine Verminderung der Bedeutung des Vizepräsidenten in Washington nicht bremsen. Als Vizepräsident trägt er für nichts Verantwortung, höchstens für ein paar seiner Freunde in Texas und im Senat. Die Verantwortung für die Affären gerade dieser Menschen ist wohl die schwerste Belastung für die Karriere des jetzigen US-Vizepräsidenten. Man muß auch zweifeln, ob er während der nächsten Regierungsperiode des Präsidenten sein Amt behalten wird."

Prophetische Gaben werden von Journalisten im allgemeinen nicht verlangt, ein wenig Taktgefühl hätte aber die polnischen Kommunisten vor diesem Ausgleiten bewahren können. Der Artikel war wohl als Reaktion auf den kurz vorher gemachten Vorschlag JOHNSONs zu werten, Polen im Anschluß an seine Holland-Reise zu besuchen. Nach den Erfahrungen des NIXON-Besuches fürchtete man aber in Warschau, daß JOHNSONs Besuch zu einer großen Demonstration der Solidarität des polnischen Volkes mit dem freien Westen werden und von der ganzen Welt noch einmal die Tatsache enthüllen könne, daß das kommunistische Regime den Polen aufgezwungen wurde und von der Bevölkerung als Fremdherrschaft betrachtet wird.

Das Verhalten der Warschauer Machthaber war auf jeden Fall keine gute Empfehlung gegenüber dem Mann, der jetzt im Weißen Haus sitzt.

Man kann sich auch leicht vorstellen, welche Bestürzung die Nachricht über die Ermordung KENNEDYs auch aus diesem Grunde in Warschau hervorrufen mußte. Drei Tage nach dieser Entgleisung schrieb "Zycie Warszawy":

"Nach der gewonnenen Wahl machte sich JOHNSON einen großen Teil der Ansichten KENNEDYs zu eigen und erkannte auch dessen Führerschaft an. KENNEDY verschloß vor ihm die Informationsquelle nicht, obwohl kein Gesetz ihn dazu verpflichtete, den Vizepräsidenten mitregieren zu lassen. Durch einen Entschluß des Präsidenten wurde JOHNSON auch Mitglied des wichtigen Rates für Sicherheit."

Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" paßte sich auch der neuen Situation an:

> "Präsident JOHNSON ist im politischen Leben der Vereinigten Staaten als ein ausgezeichneter parlamentarischer Taktiker bekannt. Im Senat, wo er seit 1952 die demokratische Fraktion führte, besaß er eine wirkliche Macht. Niemand wird behaupten können, daß er sich besonders für die internationale Politik interessierte, auf Wunsch des Präsidenten KENNEDY machte er jedoch einige 'good-will-Reisen' nach Europa."

Wie wird die außenpolitische Linie JOHNSONs sein? Darüber wagte man in Warschau keine Prophezeiungen. Sehr vorsichtig formuliert "Trybuna Ludu" am 27. November die Haltung der polnischen Kommunisten:

> "Niemand kann heute mit Sicherheit feststellen, ob die Sorge um diese wichtigste Angelegenheit (wird die Politik KENNEDYs fortgesetzt?) schon überflüssig ist. Als wichtigsten Prüfstein wird man selbstverständlich Taten, konkrete Handlungen betrachten müssen."

3) ZK-Plenarsitzung in Warschau

Während der beiden letzten Tage des November fand in Warschau eine Sitzung des ZK statt. Auf der Tagesordnung standen zwei Punkte:

1. Wirtschaftsplan 1964;
2. OrganisatorischeFragen.

Nach diesem zweiten Tagungspunkt beschloß das ZK unter Erweiterung der Tagesordnung den Ausschuß zur Vorbereitung des Parteitages zu erweitern und das Rücktrittsersuchen des ZK-Sekretärs Wladyslaw MATWIN anzunehmen.

Einen Ausschuß zur Vorbereitung des Parteitages bildete das ZK bereits während seiner vorherigen Sitzung, die den ideologischen Fragen gewidmet war. Es fiel schon damals auf, daß die Liste der Mitglieder dieses Ausschusses einen "repräsentativen Querschnitt" aller Fraktionen und Gruppen, die in der Partei wirken, widerspiegelte. Es war offensichtlich, daß ein solcher Ausschuß wenig funktionsfähig sein konnte, weil die Partei vom internen Kampf zerrissen wird. Die sich bekämpfenden Gruppen halten sich ungefähr die Waage, sowohl in der Partei selbst als auch im Ausschuß.

Die Erweiterung, die man jetzt vornahm, bezweckte offensichtlich nicht, das Kräfteverhältnis im Ausschuß zu verändern. Unter den 14 neuen Mitgliedern findet man wieder Vertreter vieler Richtungen. Man hat das Gefühl, GOMULKA handelte unter dem Druck verschiedener Prestige-Wünsche führender Parteifunktionäre, die auch einen Platz in dem Ausschuß haben wollten.

Bezeichnenderweise wurde weder bei der Gründung noch bei der Erweiterung des Ausschusses sein Vorstand ernannt. Das könnte nämlich einen Rückschluß erlauben, in welcher Richtung die Vorbereitungen zum Parteitag gehen. Hier hat sich der Parteichef aber offenbar noch nicht festgelegt. Die hoffnungslose Zerrüttung in der Parteileitung, die durch den Kampf der Fraktionen verursacht wird, macht ihm diesen Entschluß natürlich nicht leicht.

Unerwartet schnell fand aber der zweite Akt der Entmachtung MATWINs statt. Vor wenigen Wochen hatte man diesen Exponenten des "liberalen" Flügels der Partei in eine Lage gebracht, daß er vom Posten des I. Parteisekretärs in Breslau zurücktrat. Nun verzichtete er noch auf sein Amt im ZK-Sekretariat. MATWIN bleibt nur noch Mitglied des ZK, und auch hier kann man nicht wissen, ob der kommende Parteitag ihm diese Mitgliedschaft verlängern wird. Die praktisch vollständige Ausschaltung MATWINs aus der Parteispitze muß als bedeutender Erfolg des neostalinistischen Flügels gewertet werden.

4) Jahrestag der Oktoberrevolution in Warschau

Einiges Aufsehen rief in Warschau die Tatsache hervor, daß die Hauptrede zum Jahrestag der kommunistischen Oktoberrevolution in Rußland einer der prominentesten Vertretern des neostalinistischen Flügels der Partei, ZK-Sekretär Ryszard STRZELECKI, hielt.

Es ist in der kommunistischen Partei Polens üblich, daß diese Rede jedes Jahr von einem anderen Spitzenfunktionär der Partei gehalten wird.

Für GOMULKA und andere Männer in der Parteileitung dürfte aber die Tatsache nicht verborgen bleiben, daß die Aufstellung STRZELECKIs als Festredner den Eindruck erwecken mußte, daß man die von ihm vertretene Fraktion herausstellen wolle.

GOMULKA ist kein sehr geschickter Taktiker, seine Unfähigkeit, den internen Parteikampf zum Stillstand zu bringen, beweist das sehr deutlich. Die Vermutung liegt nahe, daß er STRZELECKI einfach nur dafür entschädigen wollte, daß er nicht den Platz im Politbüro bekam, der durch den Rücktritt ZAMBRWOSKIs vor einigen Monaten frei wurde und seitdem unbesetzt blieb.

In der Rede STRZELECKIs war folgender Passus von Interesse:

> "Eine Entspannung der Ost-West-Beziehungen kann nicht als Selbstzweck betrachtet werden. Sie hat nur dann einen konkreten Sinn, wenn sie zur Lösung der Streitfragen führt, wenn sie den Weg für Entschlüsse bahnt, die schon seit langem notwendig geworden sind. Es handelt sich in erster Linie um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Lösung des Westberliner Problems, um die Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten des NATO und des Warschauer Paktes... Es handelt sich um die Bildung der Kontrollposten in beiden deutschen Staaten, verbunden mit der Reduzierung der fremden Truppen auf ihren Territorien, um die Schaffung einer atomfreien Zone in Mitteleuropa und in anderen Weltteilen, um die Einstellung des Rüstungswettlaufs usw. "

5) Ideologische Ausrichtung der Bauernpolitiker

Die Leitung der Bauernpartei befindet sich seit Ende Mai vorigen Jahres in der Situation eines vollkommenen Satelliten der regierenden kommunistischen Partei. Zum großen Teil unter dem Druck des neostalinistischen Flügels der Kommunisten wurde damals der Vorsitzende der Bauernpartei, Stefan IGNAR, abgesetzt. An seine Stelle kam der alte Opportunist Czeslaw WYCECH, der unter GOMULKA zum Präsidenten des Parlamentes avancierte.

Als wichtigster Mann in der Partei dürfte aber der Stellvertreter WYCECHs, Jozef OZGA-MICHALSKI, betrachtet werden, der vom Führer der "Parisanen-Gruppe", General Mieczyslaw MOCZAR, als guter Freund bezeichnet wird.

IGNAR mußte vor anderthalb Jahren auf den Parteivorsitz verzichten, weil er die unter den mittleren und unteren Funktionären der Bauernpartei sehr stark hervortretenden Tendenzen zur Selbständigkeit nicht unterdrückt hatte. Diese Aufgabe fiel nun den neuen Männern zu.

Ob sie darin erfolgreich sind, ist zu bezweifeln, wenn man die letzten Äußerungen der führenden Bauernpolitiker liest. Daraus läßt sich entnehmen, daß die ideologische Ausrichtung der Parteimitglieder völlig unzureichend ist und man dem entgegenwirken müsste. Übrigens läuft diese Aktion parallel mit der Bekämpfung der ideologischen Aufweichung bei den Kommunisten.

In einem Interview für "Trybuna Ludu" erklärte der "starke Mann" der Bauernpartei, Jozef OZGA-MICHALSKI:

> "Mitglied der Bauernpartei zu sein bedeutet, im täglichen Leben eine Parteihaltung einzunehmen, die unserer Ideologie entspricht."

Welche Haltung die Parteimitglieder aber in Wirklichkeit einnehmen, das konnte man einem Referat des Parteivorsitzenden WYCECH entnehmen. Diese Rede hielt WYCECH vor der höchsten Parteiinstanz, dem "Obersten Komitee".

Er sagte: "Es gibt in unserer Partei noch zahlreiche Zirkel (Grundzelle der Partei in einem Dorf), deren Mitglieder sich in ihrer Haltung überhaupt nicht von den parteilosen Bauern unterscheiden. Solche Zirkel sind zu einer ideologischen Offensive nicht fähig. Sie können sich auch der rückständigen Propaganda nicht widersetzen."

Nach Ansicht des Parteivorsitzenden WYCECH sollten die in den Dörfern arbeitenden Parteizirkel "an der Seite der Vereinigten Arbeiterpartei" (Kommunisten) die politisch leitende Rolle spielen.

"Die dörfliche Organisationen der Bauernpartei werden diese Rolle aber erst dann erfüllen können, wenn in ihren Leitungen richtige Männer sitzen werden..."

Aus all dem geht hervor, daß der neue Parteivorstand während 18 Monate seiner Arbeit die Dinge nicht ändern konnte, die den alten Parteivorsitzenden zu Fall brachten. Die Masse der unteren und mittleren Parteifunktionäre spiegelt tatsächlich die Einstellung der Bauern auf dem Lande wider: Sie stehen einer völligen Gleichschaltung ihrer Organisation und ihrer Ideologie durch die Kommunisten ablehnend gegenüber.

Warum sich aber die Kommunisten soviel Mühe machen, um die Kontrolle über die Bauernpartei zu übernehmen und ihre Mitglieder ideologisch auszurichten, läßt sich leicht erklären: Die Zahl der Mitglieder der Bauernpartei beträgt nach neuesten Angaben 310 000, das ist mehr als ein Viertel der Zahl der kommunistischen Parteimitglieder. Unter letzteren beträgt aber die Zahl der Bauern ca. 12 %, und das ergibt nicht einmal die Hälfte der organisierten Bauernparteiler, Die Kommunisten sind auf dem Lande so schwach und so zerstreut, daß in den meisten Dorfgemeinden ihre Zahl nicht ausreicht, um eine Grundorganisation zu bilden. Die Bauernpartei besitzt dagegen in den Dörfern 21.000 Gruppen und Zirkel.

6) Generationsproblem in der Partei

"Jede Generation sucht sich ihren 'eigenen Weg' zum Sozialismus" - diese Losung wurde von Roman ZAMBROWSKI, als er noch Politbüromitglied und ZK-Sekretär war, geprägt. Die Frage, die er nicht beantwortet hat, lautet: Wie kann man diese verschiedenen "Wege" einzelner Generationen koordinieren

Dieses Problem ist in der polnischen Kommunistischen Partei nicht einfach. Die Parteipresse beleuchtete es in der letzten Zeit öfter. Am 12. November lieferte "Trybuna Ludu" einen Beitrag, in dem sie die Verhältnisse in einer größeren Warschauer Fabrik analysierte.

Die Parteiorganisation dieser Fabrik besteht zu 65 % aus jungen, zu 35 % aus alten Mitgliedern, die der Partei oft schon sehr lange angehören. Über die "Alten" berichtete der junge I. Parteisekretär des Betriebskomitees:

"Genossen, die auf eine langjährige Mitgliedschaft zurückblicken können, haben eine schwere Periode des Wiederaufbaues nach dem Kriege hinter sich und verfügen über viele praktische Erfahrungen in der Parteiarbeit. Wir schätzen diese Genossen sehr hoch, es gibt aber unter ihnen auch solche, die nicht verstehen, daß früher andere Aufgaben vor den Parteimitgliedern lagen als heute. Es kommt manchmal vor, daß ein junger Genosse seine Arbeit in der Partei mit Elan beginnt und auf Gleichgültig keit bei jenen stößt, von denen er Hilfe erhalten müßte.

Ich will nicht behaupten, daß es sich um bewußtes Handeln jener, übrigens nicht sehr zahlreichen, Genossen handelt. Das resultiert einfach aus der Unfähigkeit, sich auf neue Arbeitsformen umzustellen, aus dem Nicht-Begreifen neuer Aufgaben, welche die jetzige Situation diktiert.

Wir hören manchmal, daß Genossen mit langjähriger Parteimitgliedschaft sich enttäuscht fühlen. Sie sind der Meinung, daß ihre lange Mitgliedschaft und die Verdienste, die sie während ihrer Arbeit erworben haben, sie dazu prädestinieren, jetzt leitende Stellungen in der Verwaltung und im Betriebe einzunehmen, oder eine leichtere und besser bezahlte Arbeit zu bekommen. Wir würden die Genossen gerne auf leitenden Stellen sehen. Aber hohe technische Erfordernisse und komplizierte ökonomische Probleme, die man lösen muß, verschließen solchen Menschen den Weg, die nicht eine entsprechende berufliche Vorbereitung haben...

Viele Probleme entstehen auch aus der Arbeit mit jungen Genossen, die wir während der letzten zwei Jahre in die Organisation aufgenommen haben.

Viele von ihnen schalteten sich aktiv in die Arbeit ein und ergreifen die Initiative, sowohl auf beruflichem Gebiete als auch in der Parteiarbeit. Die anderen aber haben sich nach einer aktiveren Periode, als sie noch Parteikandidaten waren, abseits gestellt, warten ab und engagieren sich nicht weiter...

Im Gegensatz zu älteren Genossen, die in der Vergangenheit leben, fühlen sich die jungen Genossen mit der Vergangenheit, mit der Geschichte unserer Partei, nur schwach verbunden. Sie zeigen auch manchmal kein Interesse für ideologische Fragen."

Die Jungen neigen also zum Pragmatismus, ein Trend, der in der Sowjetunion vielleicht noch stärker hervortritt. Bei den Alten sind noch Spuren der "dogmatischen" Einstellung deutlich zu merken. Natürlich hat diese Einteilung keine absolute Gültigkeit, die Tendenz ist aber deutlich. Die Pragmatiker setzen sich langsam durch, auf ihrer Seite steht das biologische Gesetz, sie werden unterstützt durch die Tendenzen der Epoche und auch durch die bewußte Politik des Parteichefs, der immer deutlicher zeigt, daß er die gesamte Parteiorganisation radikal erneuern, d.h. verjüngen will.

7) Reiselust im November

Ausgesprochen reiselustig zeigten sich die Männer aus der kommunistischen Parteispitze im vergangenen Monat. Der Reigen begann mit der Reise Zenon KLISZKOs nach Jugoslawien. KLISZKO fuhr an der Spitze einer Delegation der "Nationalen Front", in Wirklichkeit handelte es sich aber um einen getarnten Parteibesuch. Schon vor Wochen, während des Warschau-Besuches des jugoslawischen Außenministers Koča POPOWITSCH, machte sein polnischer Kollege RAPACKI eine Andeutung, daß Polen gerne auch auf dem Gebiete der Beziehungen zwischen beiden kommunistischen Parteien eine engere Zusammenarbeit sehe. Die Jugoslawen reagierten zurückhaltend und KLISZKO konnte scheinbar keine entscheidenden Fortschritte in dieser Frage erzielen.

Mit diesem Besuch (Ende Oktober - Anfang November) fiel ein anderer zeitlich zusammen. Eine Delegation polnischer Kommunisten mit dem oberschlesischen Parteisekretär Edward GIEREK an der Spitze, besuchte die italienischen Parteigenossen zwecks "Austausches von Erfahrungen". Es war der erste Besuch dieser Art. Es wurde beschlossen, in Zukunft öfters solche Begegnungen durchzuführen. Wenige Tage später kehrte eine andere polnische Delegation aus Frankreich zurück. Sie wurde von Edward OCHAB, dem Vorgänger GOMULKAs, geführt und sollte "die brüderlichen Bande zwischen den beiden Parteien enger ziehen". Auch in Paris beschloß man, engere Kontakte herzustellen. Zweifellos sind beide polnischen Besuche Teil der weitangelegten Bemühungen CHRUSCHTSCHOWs um die Festigung der sowjetischen Position und des sowjetischen Standpunktes in der internationalen kommunistischen Bewegung.

Einen anderen Charakter hatte die offizielle Visite der polnischen Partei- und Regierungsdelegation in Ungarn. Die Bedeutung dieses Besuches wurde dadurch betont, daß die drei wichtigsten Männer Polens an der Spitze der Delegation standen: GOMULKA, CYRANKIEWICZ und KLISZKO. Auch der verantwortlichste Mann auf dem Gebiete der Wirtschaft, der Planungschef JEDRYCHOWSKI, war dabei, obwohl er bereits zwei Wochen vorher in Ungarn war, um wirtschaftliche Gespräche einzuleiten.

In den Kommentaren der "Trybuna Ludu" fiel auf, daß über die Kommunistische Partei in Ungarn und ihren historischen Werdegang so berichtet wurde, als sei sie Entwicklung mit dem Jahre 1948 abgeschlossen worden. Damals erfolgte die "Fusion" der kommunistischen und sozialdemokratischen Partei und damit die Bildung der üblichen Einheitspartei. Der polnische Oktober und die ungarische Revolution wurden auch während vieler Ansprachen, Reden und Toaste niemals erwähnt. Sie gehören heute schon zu der "bewältigten" Vergangenheit.

Anderen Charakter hatten die Reisen des polnischen Außenministers, Adam RAPACKI. Anfang November vertrat er Polen bei den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten in Algerien, am Ende des Monats stattete er der ägyptischen Regierung einen Besuch ab. D ie Tatsache, daß der herzkranke polnische Minister so viele Strapazen in einem Monat auf sich nahm, kann entweder so ausgelegt werden, daß er sich überraschend gut erholt hat, oder aber, daß er den Gerüchten über seinen baldigen Rücktritt entgegenwirken wollte.

8) Neues Licht auf den neuen Kanzler

Als ERHARD Bundeskanzler wurde, beschränkten sich die erste Kommentare der polnischen Presse auf Schlagworte, wie etwa: "Neuer Kanzler - alter Politiker". Erst nach einiger Zeit unterzog man diese etwas vereinfachte Beurteilung des Wechsels im Amt des Bundeskanzlers einer gewissen Revision.

Die lebendig redigierte Zeitung "Zycie Warszawy" schrieb am 23. November:

> "Obwohl Erhard darauf schwört, daß er die Politik Adenauers fortsetzen wird, hat er sein politi-sches Gesicht keineswegs enthüllt..."

Einer gründlichen Analyse unterzog die Zeitschrift "Polityka" der politischen Gestalt des neuen Kanzlers. ERHARDs Weg zur Kanzlerschaft sei nicht leicht gewesen. Er habe dabei viel Ausdauer und Charakter gezeigt.

> "Dort, wo Adenauer aus rein politischen oder wahltaktischen Gründen anchzugeben bereit war, zeigte Erhard keine opportunistischen Neigungen. Adenauer versprach allen alles, Erhard aber änderte seine liberalen Ansichten über die Rolle d er Wirtschaft in der staatlichen Entwicklung nicht. Sein ganzer Kampf und Widerstand betraf nur ein Gebiet: Die Wirtschaft.

Der nicht vergessene Streit zwischen Adenauer und Erhard um die Kanzlernachfolge, der gut vier Jahre dauerte, zeigte ebensoviel Stärke des damaligen Wirtschaftsministers wieVoreingenommenheit auf der Seite Adenauers. Recht ha ben wohl diejenigen, die behaupten, wäre Erhard dem Rat seiner Freunde gefolgt und hätte sich beleidigt ins Privatleben zurückgezogen, wäre er heute nicht Kanzler. Zum Schluß gewann Erhard doch seinen langen Kampf mit Adenauer.

Man dürfte wohl fragen, wo steckt also die Wurzel der Legende über die Schwäche Erhards, wo wurde der boshafte Ausspruch über den "Gummilöwen' geboren, der unter der Berührung einer Stecknadel platzt? Natürlich entstand er im Kopfe Adenauers, dem sowohl der Arbeitsstil als auch die Ansichten Erhards nicht zusagten.

Das berühmte Bild Erhards als zigarrenrauchender Cherub, dem die Bonner Propaganda die Flügel des 'Wirtschaftswunders' anmalte, konnte aus den Köpfen der Wähler und aus den Wahlplakaten nicht mehr verschwinden. Das weiß am besten die Sozialdemokratie, die seit Jahren hauptsächlich an dem wirtschaftlichen Programm Erhards und nicht an dem politischen Programm Adenauers scheiterte.

D ie Meinungen aber, daß Erhard die Grundlinien der Adenauer'schen Politik ändern wird, ist zumindest voreilig. Der neue Kanzler befindet sich jedoch in einer anderen Situation als Adenauer. Er wird einen mehr oder weniger offenen Kampf nicht nur gegen die oppositionelle SPD führen müssen, sondern auch gegen die CSU und seine Gegner in der CDU. Es wird ein Kampf an drei Fronten sein, und es ist von vornherein klar, daß er zu Kompromissen verurteilt ist, die nicht immer günstig für ihn sein werden. Schon alleine die Tatsache, daß er Krüger als Vertriebenenminister nahm, sagt nicht wenig über die Richtung der Erhard'schen Politik.

Washington gab keineswegs den Gedanken an Willi Brandt als den neuen Bundeskanzler auf. Wenn man nach dem Programm der SPD urteilen soll (die wirtschaftlichen Richtlinien dieses Programms bewegen sich vollständig auf der Bahn der freien Marktwirtschaft Erhards, und das Wehrprogramm Erlers überholte schon lange die aktuellen

Konzeptionen von Hassels), wird die Anti-Erhard-Gruppe in der CDU den jetzigen Kanzler leicht angreifen können, wenn er zu sehr vom Kurs der 'Harten' abweicht.

Erhard übernimmt sein Amt, während die SPD nur auf einen günstigen Moment zum Sprung wartet (die ersten Komplimente Wehners an die Adresse Erhards waren für das amerikanische Ohr bestimmt und nicht für den internen Gebrauch). Alles in allem ist Erhard für die SPD ein viel gefährlicherer Rivale, als Strauss und Guttenberg."

II. WIRTSCHAFT

Krise der Wirtschaftsplanung in Polen

Seit anderthalb Jahren befindet sich die Wirtschaft Polens in einer permanenten Krise. Wenn man den Erklärungen der verantwortlichen polnischen Wirtschaftspolitiker Glauben schenkt, ist die Ursache der jetzigen Schwierigkeiten die schlechte Ernte des Jahres 1962. Im September des vergangenen Jahres nutzte GOMULKA die Rednertribüne des Erntedankfestes in Warschau, um eine Nicht-Erfüllung der wirtschaftlichen Planziele des Jahres 1962 und Notwendigkeit einer Revision der Planziele für das Jahr 1963 mitzuteilen. Ein außergewöhnlich strenger Winter (der sich aber in diesem Teil Europas in regelmäßigen Abständen wiederholt) und ebenfalls klimatisch ungünstige Verhältnisse für die Ernte des Jahres 1963 zwangen die Wirtschaftsplaner in Warschau zu dem Geständnis, dass auch diese revidierten Planziele für 1963 nicht erfüllt werden konnten und eine weitere Herabsetzung der postulierten Planziffern für das Jahr 1964 nicht ausbleiben könne.

Die Schwierigkeiten, auf die sich die Kommunisten in Polen berufen, wirkten sich in allen Wirtschaftszweigen aus, am schlimmsten aber in der Landwirtschaft. Die Produktion sollte hier während der vergangenen drei Jahre (1961 bis 63) um 20 % wachsen. In Wirklichkeit betrug die Steigerung der Produktion nur 15,5 % und das auch nur wegen der Rekordernte des Jahres 1961.

In der Industrie hatte man für die Jahre 1961-63 folgende Produktionssteigerungen vorgesehen: In der Gruppe "a" (Produktionsmittel) 28 %, in der Gruppe "b" (Verbrauchsgüter) 23 %. In Wirklichkeit aber erhöhte sich die Produktion in der Gruppe "a" über den Plan hinaus um 31 %, dagegen in der Gruppe "b" lediglich um 17 %.

"Aus dieser Tatsache erwuchsen bestimmte Konsequenzen in der Verteilung des Nationaleinkommens", heißt es im Bericht des Politbüros, der während der letzten ZK-Plenarsitzung verlesen wurde. Hinter dieser beschönigenden Umschreibung verbirgt sich die Tatsache, daß sich die Versorgung der Bevölkerung erheblich verschlechtert hat. Um die Kaufkraft der Bevölkerung herabzusetzen, ordnete das Regime in Polen zahlreiche Preiserhöhungen an, wodurch die Lebenshaltungskosten während der letzten drei Jahre um fast 8 % stiegen. Die Reallöhne erhöhten sich während der gleichen Zeit nur um 5,6 %.

Die Nicht-Erfüllung der Planziele bei der Steigerung des Nationaleinkommens (die Steigerung betrug im Jahre 1961 8 %, im Jahre 1962 nur 2,5 %, während 7 % geplant waren) wird sich auf dem Gebiete der Investierungen auswirken. Im Jahre 1964 muß die Höhe dieser Investitionen auf dem gleichen Niveau wie in diesem Jahre bleiben, während sie sich beispielsweise im Jahre 1961 um 8 %, im Jahre 1962 sogar um 13,4 % erhöhte. Das schwächste Glied im Wirtschaftssystems Volkspolens, die Landwirtschaft, soll aber im kommenden Jahr um 13 Milliarden mehr bekommen, und das bedeutet eine Erhöhung um 32 %. GOMULKA will die Fehler der stalinistischen Ära nicht wiederholen. Wenn damals die Erfüllung des Investitionsplanes auf Schwierigkeiten stieß, kürzte man zuerst die Ausgaben für die Landwirtschaft. Die Folgen spürt man noch bis heute.

Die radikale Kürzung des Investvorhabens für das kommende Jahr wird sich diesmal auf anderen Gebieten auswirken:

> "Die Herabsetzung der Investitionen betrifft die Leicht-, Lebensmittel- und Baustoffindustrie, die kommunale Wirtschaft, den Wohnungsbau sowie den Bau von Schulen und Krankenhäusern aber auch andere unproduktive Investitionen,"

heißt es in dem erwähnten Bericht des Politbüros. Es handelt sich ausnahmslos um Wirtschaftsgebiete, deren Entwicklung unmittelbaren Zusammenhang mit dem Lebensstandard der Bevölkerung hat.

III. SOZIALE PROBLEME

1) Abwanderung in die Städte

Eines der wesentlichen Merkmale einer sozialen Umschichtung in Nachkriegspolen ist die fortdauernde Urbanisierung. Der Prozentsatz der Dorfbewohner vermindert sich ständig, während im gleichen Masse die Stadtbevölkerung zunimmt.

Vor dem Kriege war Polen noch ein ausgesprochenes Agrarland. Der Anteil der Stadtbevölkerung betrug nicht einmal 25 %. Heute halten sich die beiden Bevölkerungsgruppen ungefähr die Waage. Folgende Tabelle veranschaulicht das Ausmaß der erfolgten Veränderungen:

Jahr	Land	Stadt	(in %)
1921	76,o	24,o	
1931	72,o	27,4	
1946	68,2	31,8	
1950	63,1	36,9	
1955	55,2	43,8	
196o	52,3	47,7	
1963	51,1	48,9	(Angaben über die I. Jahreshälfte)

Die größten Ausmaße nahm die Landflucht während der Jahre 1950-55 an (die Zeit des 6-Jahresplanes). Die Dorfbevölkerung nahm während dieser Zeit fast um 8 % (der Gesamtbevölkerung) ab. Früher brauchte man dazu 25 Jahre (1921 bis 46). Nach den Jahren der "stürmischen" Abwanderung verlangsamte sich der Prozeß der Urbanisierung Polens wieder deutlich, die Tendenz zu einer fortschreitenden Abnahme der Landbevölkerung ist aber nach wie vor unverkennbar.

Die Zunahme der Stadtbevölkerung ist natürlich nicht lediglich auf die Landflucht der Dorfbewohner zurückzuführen. Zu berücksichtigen wären noch zwei andere Elemente: Eingemeidung vieler Ortschaften vom dörflichen Charakter in die Städte und Geburtenüberschuß in den Städten. Diese letzte Position fällt aber weniger ins Gewicht.

Der Überschuß der Frauen unter der Stadtbevölkerung ist zweimal so groß wie auf dem Lande. Wesentlich größer ist aber der Prozentsatz der alten Leute in den Dörfern. Auf dem Lande ist der Anteil der Menschen im Produktionsalter (15-60 Lebensjahre) kleiner als in den Städten. Die Landflucht beschränkte sich fast ausnahmslos auf junge Menschen.

2) "Erweiterung der Selbstverwaltung"

Das Justizministerium in Warschau hat einen Entwurf des neuen Gesetzes über den Rechtsanwaltberuf ausgearbeitet und ihn dem Sejm vorgelegt. Der neue Entwurf sieht grundlegende Veränderungen der Art, wie der Rechtsanwaltberuf ausgeübt werden soll, vor.

Schon im Jahre 1950 bildete man Rechtsanwaltkooperative. Man wollte durchsetzen, daß auch Vertreter der freien Berufe auf kollektiver Basis arbeiten sollten. Das Gesetz blieb aber unwirksam. "Ein großer Teil (dieser Kooperative) besteht weiterhin aus individuellen Rechtsanwaltskanzleien, die sich unter einem gemeinsamen Dach befinden. Das soll sich auf Wunsch des Justizministeriums aber ändern. Die "Kooperative" sollen die Grundzelle der rechtsanwaltlichen Selbstverwaltung bilden. Praktisch stellt man sich das folgendermaßen vor:

> "Der Klient wird das Honorar für den Rechtsbeistand jetzt direkt an die Kooperative zahlen. Die Mitglieder der Kooperative werden die Einnahmen bis zu einer gewissen Höhe zu gleichen Teilen unter sich verteilen. Der Rest wird unter den Mitgliedern proportionell ihres Anteils an dem erreichten Einkommen verteilt."

Eine einfache Lösung, die nur einen Nachteil hat: Die Tüchtigeren werden bei diesem Verteilungssystem benachteiligt.

Die Kompetenzen der Rechtsanwaltkammer sollen erweitert werden. Sie soll das Recht erhalten, die Leiter der Kooperative abzusetzen und Beschlüsse der Kooperative aufzuheben. Dem Justizminister soll in Zukunft das Recht eingeräumt werden, einzelne Rechtsanwälte von der Berufsliste zu streichen. Das alles wird als "Erweiterung der rechtsanwaltlichen Selbstverwaltung" bezeichnet. Die Kommunisten scheinen wie in der stalinistischen Ära zu glauben, daß eine Sache dadurch verändert wird, wenn man sie anders bezeichnet.